

Ressort: Politik

Linke und Grüne fordern Verbot von Parteispenden aus der Wirtschaft

Berlin, 16.10.2013, 12:38 Uhr

GDN - Politiker von Linkspartei und Grünen fordern ein Verbot von Parteispenden aus der Wirtschaft. "Nach all den schweren Vorfällen brauchen wir die Nulllösung. Das heißt ein Totalverbot von Parteispenden aus der Wirtschaft", sagte der Vize-Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Klaus Ernst, "Handelsblatt-Online".

"Das geht schnell, einfach und ganz ohne Kommissionen." "Wir Grüne sind der Meinung, dass Konzerne gar nicht an Parteien spenden dürfen, sondern dies nur Personen möglich sein soll", sagte die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, Britta Haßelmann, "Handelsblatt-Online". "Wir haben bereits Nägel mit Köpfen gemacht und einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Unternehmensspenden verbietet und Spenden von Privatpersonen auf maximal 100.000 Euro im Jahr an eine Partei begrenzt." Wie die Antikorruptions-Organisation Transparency International Deutschland plädiert auch Haßelmann dafür, dass Bundespräsident Joachim Gauck die Initiative ergreift und eine Kommission zur Parteienfinanzierung einberuft, um Vorschläge für neue Regeln zu erarbeiten. "Wir stehen der Forderung, eine Kommission einzurichten, sehr offen gegenüber in der Hoffnung, dass der Prozess zu mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung endlich vorankommt", sagte die Grünen-Politikerin. Der Linksfraktionsvize Ernst sieht zudem Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) in der Pflicht, im aktuellen Fall einer Großspende von den Hauptaktionären des Autobauers BMW an die CDU aktiv zu werden. "Die Autosmogspenden von BMW sollte sich der Bundestagspräsident genauer ansehen", sagte Ernst. Das Parteiengesetz verbiete Parteien, Spenden anzunehmen, für die erkennbar eine Gegenleistung erwartet werde.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-23473/linke-und-gruene-fordern-verbot-von-parteispenden-aus-der-wirtschaft.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619